

140 Jahre SPD Lambrecht

Zu dieser Festschrift

Bei der Beschäftigung mit Geschichte, sei es die von Personen, Ereignissen, oder wie in diesem Fall eines Ortsvereins, wird man immer wieder fest stellen, dass die Materiallage je nach Zeitraum sehr verschieden ist. Während zu den Ereignissen in der Bundesrepublik viele schriftliche Quellen vorliegen und oft auch noch beteiligte Personen befragt werden können, sieht das bei der Erforschung des Anfangs des SPD-Ortsvereins und den darauf folgenden Jahren anders aus.

Zum einen mag das daran liegen, dass vieles für selbstverständlich gehalten und daher nicht schriftlich fest gehalten wurde. Außerdem wurden die wenigen Schriftzeugnisse meist in Privathaushalten aufbewahrt und sind im Laufe der Zeit in Vergessenheit geraten oder wurden weg geworfen. Zum anderen kommt natürlich hinzu, dass sowohl im Kaiserreich als auch unter der Hitler-Diktatur die Sozialdemokratie im Untergrund arbeiten musste, und darüber eben niemand Buch führte. Als weiteren Grund für die schlechte Quellenlage muss natürlich auch die Vernichtung von Akten – sei es durch die Nationalsozialisten, sei es durch die Folgen des Krieges – berücksichtigt werden.

Dennoch habe ich versucht, durch Nutzung von Stadtratsprotokollen, Archivmaterialien und Quellen aus späterer Zeit ein Bild von der Situation zu zeichnen. Dieses kann nicht immer vollständig sein und wird auch an einigen Stellen auf Widersprüche hinweisen, die sich nicht restlos klären ließen.

Die Einordnung der Lambrechter Ereignisse soll durch eine Beschreibung der Situation in der Pfalz erleichtert werden; eine Einordnung in einem bundesdeutschen oder sogar europäischen Zusammenhang hätte den Rahmen der Festschrift bei weitem gesprengt und wird deshalb nur dort auftauchen, wo er zum Verständnis unerlässlich ist.

Dr. Claudia Klemm

Die schwarz gedruckten Zeilen sind von Frau Dr. Claudia Klemm 1997 verfasst worden und wurden in dieser Festschrift erneut verwendet. Die blau ergänzten Zeilen stammen aus der Feder von Ortsvereinsmitgliedern des SPD-Ortsvereins Lambrecht. Wir danken Frau Dr. Claudia Klemm für die Zustimmung zur Nutzung Ihrer Arbeit.

I. Die Sozialdemokratie in der Pfalz

1. Einzelne Zusammenschlüsse und erste Ortsvereine

1848/49: Revolution und Restauration

Sucht man nach den Anfängen der Sozialdemokratie in der Pfalz, so fällt auf, dass es zuerst vereinzelte Zusammenschlüsse gab, bevor eine klar organisierte Bewegung entstand. Als einer dieser vereinzelten Zusammenschlüsse wird der Neustadter Arbeiterverein gesehen, der auf die Zeit der Revolution von 1848/49 zurück geht. Auf die Revolutionsereignisse hatte er zwar keinen Einfluß, doch wird seine Gründung mit der schlechten sozialen Lage der Weber in der Tuchindustrie des Neustadter Tals in Verbindung gebracht; erste Hinweise, dass später die Umstände für eine sozialdemokratische Bewegung günstig waren.

Durch das Versammlungs- und Vereinsgesetz von 1850 wurden jedoch erst einmal alle Arbeiter-, Arbeiterunterstützungs-, Volks- und Turnvereine aufgelöst. Man hatte alle Vereine, die sich auf „öffentliche Angelegenheiten“ bezogen zu politischen Vereinen erklärt und damit verboten. Erst einige Jahre später konnten politische Gruppen wieder Einfluss gewinnen.

Erster Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein in der Pfalz

Der erste Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wurde am 19. September 1864 in Neustadt von dem Kaufmannsgehilfen Weber und dem Bildhauer Koch gegründet. In dem Verein schlossen sich etwa fünfzig Handwerksgesellen und Tagelöhner zusammen. Das oben erwähnte strenge bayrische Vereinsrecht führte aber bereits am 9. Oktober des gleichen Jahres zur polizeilichen Auflösung des Zusammenschlusses.

Zu einer Verbreitung sozialistischer Ideen kam es in den Folgejahren durch Wanderredner aus dem Raum Offenbach, Frankfurt, Wiesbaden und Mainz. Die Redner konzentrierten sich jedoch hauptsächlich auf die pfälzischen Fabrikstandorte am Rhein. Größeren Einfluss gewannen sie kaum. Als Grund dafür wird unter anderem die strenge staatliche Kontrolle angesehen.

Soziale Situation der Arbeiterklasse

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte die Pfälzische Industrie einen Aufschwung: die Gesellschaft wandelte sich allmählich von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft. In der gleichen Zeit stieg die Bevölkerung stark an. Viele zog es infolgedessen vom Land in die Stadt. Im Zuge dieser Entwicklung entstand die Schicht der Lohnarbeiter.

Die Arbeitsbedingungen von damals kann man sich heute kaum noch vorstellen. Arbeiterschutz oder Arbeiterversicherung gab es nicht. Der reguläre Arbeitstag hatte zwischen elf und vierzehn Stunden, Pausen, Überstunden und den Weg zur Arbeit nicht mitgerechnet. Gearbeitet wurde sechs Tage die Woche, eine gesicherte Sonntagsruhe gab es nicht.

Der Lohn für die geleistete Arbeit war niedrig. Frauen und Kinder mussten unter den gleichen Bedingungen mitarbeiten, um die Existenz der Familie zu sichern. Zwar war die Nachtarbeit bei Frauen nicht so sehr verbreitet wie bei Männern, doch mussten sie vor allem in der Textilindustrie auch nachts arbeiten. Kinder zwischen 14 und 16 durften laut gesetzlicher Regelung 10 Stunden pro Tag arbeiten, eine Zeitspanne, die nur selten eingehalten wurde. Auch schulpflichtige Kinder arbeiteten teilweise mehr als sechs Stunden täglich. Im Fall von Krankheit oder Arbeitsunfällen gab es nur selten eine finanzielle Absicherung.

Bürgerliches Engagement für die Arbeiterschaft

Die staatliche Kontrolle alleine war es allerdings nicht, die eine Ausbreitung sozialistischer Ideen verhinderte. Zum einen standen die Arbeiter dem Neuen noch nicht aufgeschlossen gegenüber. Zum anderen hatte auch das liberale Bürgertum in Fortbildungs- und Arbeitervereinen versucht, die Arbeiter zu binden.

Erste dauerhafte Ortsvereine

Seit der Gründung des Kaiserreichs 1871 verstärkten die sozialistischen Wanderredner wieder ihr Engagement in der Pfalz. Im Zuge dieser Bewegung verloren die Bildungsvereine an Bedeutung und es kam zur Gründung einiger Ortsvereine. Der erste dieser Generation war der lassalleanische Ortsverein in Oggersheim. Angeregt wurde die Gründung durch einen Streik von über 600 Spinnereiarbeitern, der am 31. Oktober 1871 begann. Noch im November gründete sich dann der Ortsverein, Zusammenschlüsse in Ludwigshafen und Mutterstadt folgten. Im März 1872 kam ein Ortsverein in Frankenthal hinzu, im Juni folgte eine Gründung in Speyer. Der nächste Ortsverein entstand in Lambrecht

2. Die Pfalz und das Sozialistengesetz

Die Entwicklung auf gesamtstaatlicher Ebene

Bevor weiter auf die Entwicklung in der Pfalz eingegangen werden soll, sei nur kurz die Entwicklung in Deutschland erwähnt. Auf dem Vereinigungskongress in Gotha kam es im Mai 1875 zum Zusammenschluss des 1863 von Ferdinand Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit der 1869 von August Bebel und Wilhelm Liebknecht ins Leben gerufenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Durch diese Vereinigung entstand die Sozialistische Arbeiterpartei. Ein Jahr später wird das Parteiorgan „Vorwärts“ gegründet und bei den Reichstagswahlen 1877 erreichte die Sozialistische Arbeiterpartei 9,1 % der Stimmen.

Die Situation kurz vor Inkrafttreten des Sozialistengesetz

Bis zum Jahre 1878 wurden in der Pfalz insgesamt 14 Ortsvereine gegründet. Die Verbreitung der sozialdemokratischen Zusammenschlüsse beschränkte sich zu dieser Zeit noch auf die Vorderpfalz. Außerdem war es ab 1875 zur Gründung von Gewerkschaften gekommen. Sozialistische Ortsgruppen und Gewerkschaften arbeiteten zu Beginn eng zusammen.

Die Auswirkungen des Sozialistengesetzes

Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ war für die Sozialdemokraten ein schwerer Schlag. Durch das Gesetz wurde die Grundlage für das Verbot von sozialdemokratischen oder kommunistischen Vereinen geschaffen. Außerdem konnten Schriften, Zeitungen und Versammlungen verboten werden, die in diesem Zusammenhang standen. Die bayerische Regierung in der Pfalz sorgte gründlich für die Durchsetzung der Bestimmung. Die Lokale, in denen sich die Sozialdemokraten zu treffen pflegten, wurden überwacht, ihre Wortführer beobachtet. Haupttätigkeit der Polizei war außerdem die Suche nach verbotenen Schriftstücken.

nach der Überwindung des ersten Schocks begann die Sozialdemokratie nach Mitteln und Wegen zu suchen, ihre Ziele trotz des gesetzlichen Verbots zu verfolgen. Zum einen wurde die Arbeit im Geheimen fortgesetzt. Zum anderen wurden illegale Zeitungen, Flugblätter und Schriften verteilt. als wichtigstes Informationsmedium galt der in Zürich heraus gegebene „Sozialdemokrat“, der auch Verhaltensrichtlinien für die Arbeiterschaft enthielt. Vor Ort dienten vor allem die noch nicht aufgelösten Hilfskassen als Stütze für die sozialdemokratische Arbeit.

Reichstagswahlen 1884

Beim Wahlkampf für die Reichstagswahlen 1884 wurden die Sozialdemokraten in der Pfalz noch stärker behindert als die Anhänger in anderen Regionen. Zwar hieß es offiziell, dass unmittelbare Wahlversammlungen nicht unter das Sozialistengesetz fallen, doch verbot die bayerische Regierung sie trotzdem. Diese Willkürmaßnahmen führten aber dazu, dass sich die Arbeiter noch stärker solidarisierten. Bei den Wahlen im Kreis Speyer-Ludwigshafen sind die Sozialdemokraten zweitstärkste Partei; die anschließende Stichwahl verlieren sie allerdings gegen die Nationalliberalen. Dennoch zeigte das Wahlergebnis, dass das Sozialistengesetz keine geeignete Maßnahme war, die Ausbreitung sozialdemokratischer Gedanken zu verhindern.

Von da an waren die Kontrollen durch die Polizei nicht mehr ganz so streng, ab 1885 durfte die Partei auch wieder öffentlich auftreten. Redner von außerhalb erhielten aber immer noch keine Redeerlaubnis.

Das Sozialistengesetz wird nicht verlängert

Im Jahr 1889 fand dann in Neustadt ein Parteitag der pfälzischen Sozialdemokratie statt, auf dem die lokalen Parteivertreter erstmals die Gelegenheit hatten, mit der Parteiführung wichtige Probleme zu klären und weitere Vorgehensweisen zu beratschlagen. Noch während den Vorbereitungen zur nächsten Wahl fiel im Parlament am 25. Januar 1890 die Entscheidung, das Sozialistengesetz nicht zu verlängern, es sollte somit am 1. Oktober seine Gültigkeit verlieren.

Die Wahlen im Februar brachten in der Pfalz den bisher größten Aufschwung der Sozialdemokraten; die Stimmenzahl verdoppelte sich im Vergleich zur Vorwahl. Nach zwölf Jahren Arbeit im Untergrund hatte sich die Anhängerschaft der Sozialdemokraten weiter ausgebreitet. Die Regierung konnte den beabsichtigten Erfolg nicht erzielen, unterstützte im Gegenteil sogar den stärkeren Zusammenhalt der Arbeiter, der zu einer Abgrenzung vom Staat führte.

Die weitere Entwicklung der SPD in der Pfalz

Auch die weitere Entwicklung der SPD in der Pfalz führte auf einen Erfolgskurs. Die Einzelheiten genau darzulegen, würde den Rahmen der Festschrift sprengen. Es sei nur fest gehalten, dass die Stimmenzahl von 10850 im Jahr 1890 auf 25146 im Jahre 1898 stieg. Als eigenständiges Parteiorgan der Pfälzer Sozialdemokraten etablierte sich seit Beginn der 90er-Jahre die „Pfälzische Post“, die zuerst in enger Verbindung mit der Mannheimer „Volksstimme“ stand, dann aber zu einer eigenständigen Zeitung wurde.

3. Neugründung und Kontinuität: Die Sozialdemokraten in der Pfalz nach dem zweiten Weltkrieg

Erste Versuche im Geheimen

Die SPD, als Partei mit der ältesten historischen Tradition, hatte es nach dem Krieg leichter als die bürgerlichen Parteien. Die politische Arbeit stand in dem Bewusstsein, dass die SPD nie aufgehört hatte zu existieren. Ziel war es, an die Organisation vor dem Dritten Reich anzuknüpfen. Die Entwicklung war vor allem von Menschen

geprägt, die schon vor dem Krieg in der Partei waren und dort wichtige Positionen besaßen.

Bereits im Februar 1945 wurde in Kaiserslautern ein Aufruf veröffentlicht, der zur Gründung von SPD-Ortsgruppen aufforderte. Der Ausgangspunkt für die Partei-Wiedergründung war allerdings in Ludwigshafen. Hier trafen sich im April zehn Männer, um das weitere Vorgehen zu beraten. Im September kam es zur ersten Besprechung mit regionalem Charakter. Später wurde dann für den 28. Oktober zu einer illegalen Bezirkskonferenz ins Naturfreundehaus Harzofen eingeladen.

Offizielle Wiedergründung

Am 27. Dezember 1945 wurde offiziell bei der französischen Militärregierung in Neustadt der Antrag auf Wiedergründung der SPD für Rheinhessen und die Pfalz gestellt. Dem Antrag war die Ankündigung der Militärregierung voraus gegangen, ab dem 1. Januar 1946 Parteien zuzulassen. Zusammen mit dem Antrag reichte die SPD auch ihr Programm mit ihren Hauptforderungen ein: Entnazifizierung, Sicherung der Lebensgrundlage, Wiederaufbau von Wirtschaft und Verkehr, soziale Rechte, Verstaatlichung und die Garantie der Menschenrechte.

Am 6. Februar genehmigte der Militärgouverneur General Bouley die Parteigründung. Allerdings durfte sich die Partei nicht „Sozialdemokratische Partei Deutschland“ nennen, sondern musste sich den Interessen der Besatzer beugen, die auf eine Zersplitterung Deutschlands zielten. So erhielt sie den Namen „Sozialdemokratische Partei Hessen-Pfalz“. Beim Bezirksparteitag am 13./14. April trafen sich die Sozialdemokraten nach 13 Jahren Untergrund oder Emigration zu ersten Mal wieder. Es wurden politische Vorstellungen diskutiert und Richtlinien für die weitere Arbeit beschlossen.

Bereits vor der offiziellen Genehmigung wurde Anfang Februar 1946 zu Gründungsversammlungen aufgerufen. Innerhalb von zwei Monaten entstanden dann 17 Kreisorganisationen mit 198 Ortsvereinen und 11234 Mitgliedern. An der weiteren Entwicklung des Landes Rheinland-Pfalz hatte die SPD maßgeblichen Anteil. Wegweisend waren jedoch jeweils die Anfänge im 19. Jahrhundert beziehungsweise nach dem Zweiten Weltkrieg, weshalb auch nur auf diese Zeitabschnitte näher eingegangen wurde.

II. Die Sozialdemokratie in Lambrecht

1. 1872: Ein Weberstreik wird zur Geburtsstunde des Lambrechter Ortsvereins

Die Auswirkungen der industriellen Revolution

Die „industrielle Revolution“, die zu einem entscheidenden Wandel in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts führte, beinhaltet neben dem zunehmenden Einsatz von Maschinen im produzierenden Gewerbe auch die Entstehung der Arbeiterschicht. Die daraus erwachsenden Probleme gingen auch an Lambrecht, das damals von der Tuchindustrie geprägt wurde, nicht spurlos vorüber.

In historischen Abhandlungen über die damalige Zeit wird immer wieder die Einheit und das Miteinander von Meister und Gesellen betont, das durch die Einführung von Maschinen zerstört wurde. So beschrieb Philipp Karch: *„Meister und Gesellen lebten in recht patriarchalischen Verhältnissen, teilten redlich miteinander schlechte und gute Zeiten, aßen vom gleichen Brote in den Tagen des Wohlstandes oder*

schnallten die Riemen fester in Wochen der Not“. Diese Darstellung ist sicher idealisiert, verdeutlicht aber auch in abgeschwächter Form die Bedeutsamkeit der kommenden Veränderungen.

Die neuen Maschinen produzierten schneller und billiger. Der Preis für Tuche sank, die Weber erhielten weniger für ihre Ware und konnten selbst durch härteres Arbeiten die Verluste nicht ausgleichen. Durch Verkauf von eigenem Grund und Boden wurde versucht, die Notlage zu lindern, doch auf Dauer konnte dies keine Lösung sein.

Erste politische Bestätigungen und erster Arbeiterstreik

Die wachsende Unzufriedenheit führte zu erstem politischen Engagement. Den Aufruf Philipp Jakob Siebenpfeifers zu der Veranstaltung, die als Hambacher Fest in die Geschichte einging, unterzeichneten auch die vier Brüder Klein aus Lambrecht. Auch an der Volkswehr, zu deren Aufstellung die provisorische Regierung der Pfalz 1848 aufgerufen hatte, waren Lambrechter beteiligt. Doch weder das hambacher Fest von 1832 noch die Revolution von 1848 brachte die erhofften Ergebnisse. Im Gegenteil, im Zuge der Restaurationspolitik wurden der politischen Betätigung Steine in den Weg gelegt. Die Einschränkungen von Seiten der Regierung sowie die immer noch gespannte finanzielle Lage veranlassten in dieser Zeit viele zur Auswanderung nach Amerika. So ist ein Tagebuch aus dem Jahr 1859 erhalten, in dem ein Lambrechter seinen Weg nach Amerika beschreibt. Rückblickend heisst es da: *„Am 6. November 1853 verließ ich mein väterliches Haus in Lambrecht, nachdem ich von unseren nächsten Verwandten und Bekannten Abschied genommen hatte begleitete mich mein Vater bis nach Weidenthal, woden auch wir voneinander Abschied nahmen um nach Amerika auszuwandern“*.

Elf Jahre nach der aus damaliger Sicht gescheiterten Revolution lehnten sich 1859 die Lambrechter Arbeiter zum ersten Mal direkt gegen die Fabrikanten auf. Nachdem man ihnen zusätzliche Arbeiten (u.a. das Leimen, Anknüpfen, Trocknen und Anschlagen der Tuche) auferlegt hatte, die nicht extra bezahlt werden sollten, streikten die Tuchweber; es war der erste Streik in der Pfalz. Zwar wurden die Anführer des Streiks vor Gericht gestellt und verurteilt, doch zahlten die Fabrikanten von nun an die zusätzlichen Arbeiten.

Konsum- und Arbeiterbildungsverein

Um die schlechte soziale Lage etwas zu verbessern gründeten 1864 zwölf Tuchweber und Textilarbeiter einen Verein „zum Zwecke billiger Anschaffung von Konsumgegenständen“. Über die weitere Tätigkeit des Vereins ist allerdings nichts bekannt, wahrscheinlich scheiterte die effiziente Durchsetzung der gesteckten Ziele an der zu locker gehaltenen Organisation.

Etwas mehr weiß man über den 1871 gegründeten Arbeiterbildungsverein, obwohl auch hier genauere Aufzeichnungen fehlen. Es dürfte sicher sein, dass der Verein mehrere Zeitungen erhielt, die unter den Mitgliedern weiter gereicht wurden.

Außerdem entstand eine kleine Bibliothek und vom Verein aus wurden verschiedene Vorträge organisiert. anfänglich kamen die Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Schichten, doch je mehr politische Themen angesprochen wurden, je stärker konzentrierte sich der Mitgliederkreis auf die Arbeiterschaft. Am Ende des Jahres wurde der Verein in „Konsum- und Arbeiterbildungsverein“ umbenannt, der erste Teil des Namens trat zunehmend mehr in den Vordergrund, doch versammelten sich weiterhin politisch Interessierte. Als wichtige Lektüre des Vereins galt der „Vorwärts“.

Weberstreik und erste politische Organisation der Arbeiter

Die wirtschaftliche Situation der Weber ahte sich auch bis 1872 nicht wesentlich verändert. Der Lohn war weiterhin gering und Arbeitszeiten zwischen dreizehn und fünfzehn Stunden pro Tag zehrten an den Kräften der Arbeiter. Philipp Karch schrieb: *„Auf der einen Seite waren große Gewinne zu verbuchen, auf der anderen Seite aber klopften Armut und Elend an die Türen“*. Die Weber forderten von den Fabrikanten eine Lohnerhöhung um 20 Prozent. Zwar erarbeiteten die Unternehmer aufgrund dieser Forderungen einen gemeinsamen Webtarif und erhöhten die Löhne, doch lagen sie immer noch weit unter den Forderungen der Weber und unter dem Tarif in anderen Orten. Mit diesem Angebot konnte man nicht zufrieden sein, und so begann am 22. Mai 1872 der Ausstand, bald darauf standen circa 300 Webstühle still. Eine feste Organisation besaßen die Lambrechter Arbeiter zu dieser Zeit noch nicht. allerdings war es zwei Hamburger Webern, die seit kurzer Zeit hier Arbeit gefunden hatten, gelungen, den Zusammenhalt der Weber zu stärken und den Streik los zu treten.

Da die Weber nicht nur eine Lohnerhöhung forderten, sondern auch allgemeine soziale Missstände, wie zum Beispiel die grenzenlose Verarmung der Weber und die Ausbeutung der Kinder in den Fabriken anprangerten, war der Streik so bedeutend, dass er auch über Lambrecht hinaus große Beachtung fand.

Die Fabrikanten (unter ihnen auch der damalige Bürgermeister Weiland), die ihre Produktion trotz des Arbeitskampfes aufrecht erhalten wollten, verlagerten zuerst die Arbeiten nach Bischweiler in Elsaß-Lothringen. Das Gebiet war nach dem deutsch-französischen Krieg an Deutschland gefallen und die zuvor zu Frankreich gehörenden Weber hatten ihren Absatzmarkt verloren. Sie nahmen die ihnen dargebotene Chance sofort wahr. Mit zunehmender Dauer des Streiks wurden dann auch Bischweiler Arbeiter nach Lambrecht geholt, was die Lambrechter Weber noch mehr verärgerte.

als sowohl die Fabrikanten als auch die Regierung Soldaten zur Hilfe rief, brach der Streik am 16. Juli zusammen. Der Anlass für das Anrücken der Militärs waren aber nicht etwa gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Fremden, sondern ein Missverständnis: Die Rauferei und das Schießen anlässlich einer Hochzeit wurden vom Bezirksamtman als Eskalation des Streiks gedeutet, so dass er Truppen anforderte.

Nach sieben Wochen des Kampfes mussten die Weber erfolglos zurück an ihre Webstühle. Ihre Forderungen wurden nicht erfüllt. Als bleibendes Ereignis wurde im Anschluss an den Streik 1872 in Lambrecht eine lassalleanische Ortsgruppe gegründet. Dies war der 6. Ortsverein in der Pfalz. Er blieb für lange Zeit einer der stärksten Ortsvereine. Seine Mitglieder versuchten von nun an, auf politischem Wege Einfluss auf die Entwicklung in Lambrecht zu gewinnen, was anfänglich noch an der starken Position der Fabrikanten scheiterte.

2. 1878 – 1890: Staatliches Verbot und Arbeit im Verborgenen

Die Auswirkungen des Sozialistengesetz

Im Jahr 1878, sechs Jahre nach der Gründung des SPD-Ortsvereins, erließ Kaiser Wilhelm das Sozialistengesetz. Wie so oft machte ein Verbot das Engagement für die Sozialdemokraten noch interessanter. Es wurden die verschiedensten Wege erdacht, um nicht von den Gesetzeshütern erwischt zu werden. Dass darüber nicht

Buch geführt wurde, ist klar. 1928, fünfzig Jahre nachdem das Gesetz in Kraft getreten war, gab es allerdings eine Gedenkfeier in Lambrecht. Dieser Veranstaltung ist es unter anderem zu verdanken, dass noch etwas über die Verhältnisse von damals und die Art der Arbeit bekannt ist.

Der Festschrift zufolge spielte vor allem die 1874 gegründete „Allgemeine Krankenkasse für Tischler und andere Gewerbe“ eine wichtige Rolle für die Arbeit unter dem Sozialistengesetz. In den monatlichen Versammlungen wurden politische Themen diskutiert. Außerdem gelangten mit Hilfe der Krankenkasse verbotene Flugblätter und Zeitungen (darunter „Der Sozialdemokrat“) ins Lambrechter Tal. Verteilt wurden diese in einem komplizierten, heute nicht mehr nachvollziehbaren System. Zum einen musste das Verteilen nachts geschehen, zum anderen wechselten die Empfänger der Zeitungen ständig, um die Verfolgung zu erschweren. Das Bezirksamt Neustadt verpflichtete in der Folgezeit die Gemeinden, Nachtwächter auf zu stellen, um die Verbreitung sozialistischer Schriften zu verhindern. Erfolgreich war dies in den seltensten Fällen, da die meisten Nachtwächter auf Seiten der Sozialdemokraten standen.

Auch von einer amüsanten Begegnung wird in der Festschrift von 1928 berichtet: *„Aber auch lustige Intermezzos fehlten nicht im ernstesten Spiel des Tages. So sollte einst Bruno Schönlank in Kaiserslautern sprechen, wurde aber von der Polizei daran gehindert. Er machte sich darum auf den Weg nach Lambrecht. Hier hatte eine vorsorgliche Behörde Gendarmerie aus Neustadt und Speyer zusammengezogen. Die nahmen den Breslauer Agitator in Empfang, um ihn mit dem nächsten Zug wieder abzuschieben. Die Lambrechter machten nun aus der Not eine Tugend. Sie formierten sich zur Marschkolonne, die Musik intonierte die Marseillaise, hunderte von Kehlen sangen mit, die Gendarmerie aber brachte so viel Humor auf, dass sie im Gleichschritt sich einfügte in den mächtigen Triumphmarsch zum Bahnhof. Ein helles Lachen ging damals durchs Tal, ein lustiges, unbesorgtes Lachen, das den vorsorglichen Hütern der Ordnung abträglicher war als die noch so beißende Kritik des redegewandten Preußen.*

Dass weiterhin ein Ball des Textilfachvereins nur für die Männer, unter ausdrücklichem Ausschluss der Frauen gestattet wurde, war eine der vielen Torheiten jener Zeit, die den Arbeiter im Gegensatz zum Staate trieben und mithalfen, den Untergang einer Epoche anzubahnen, die innerlich schon jeden Halt verloren hatte“.

Stadtratsausschluss

In der Zeit des Sozialistengesetzes fielen aber auch die ersten Wahlerfolge für Vertreter der Arbeiterschaft. Fünfzehn von ihnen wurden 1879 in den Gemeinderat gewählt, scheiterten dort jedoch am Widerstand der Fabrikanten. aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 9. Dezember geht allerdings nur hervor, dass eine Ergänzungswahl vorgenommen werden muss. Dort steht zu lesen: *„Zugleich beauftragt der Gemeinderath das Bürgermeisteramt sofort die nöthigen Schritte zur Vornahme einer Ergänzungswahl zu thun, damit eine solche noch vor Schluß dieses Jahres abgehalten werden kann und bei Beginn des kommenden Jahres die Führung des Gemeindehaushalts nicht in Stockung geräth“.*

Ein Jahr später, im Dezember 1890, zeigte sich aber, dass die SPD in Lambrecht auch über die Ortsgrenze hinaus Bedeutung erlangt hatte, denn zu diesem Zeitpunkt fand hier eine Delegiertenkonferenz statt. Die wichtigste Entscheidung dieser Konferenz lag in der Aufteilung der Pfalz in zwei Agitationsbezirke.

Auszüge aus der Festschrift zur Gedenkfeier des Sozialistengesetzes vom 20. Oktober 1928

Werden und Wachsen sozialistischer Ideen in Lambrecht und im Tal

Am 21. Oktober 1878 war es gewesen, als mit Hilfe des kurz zuvor gewählten Deutschen Reichstages, bei schärfstem Widerspruch von 9 Arbeitervetretern, das Gesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zur Annahme gelangte.

Fünzig Jahre sind darüber hinweg in die Welt gerauscht – uns aber scheint es, als ob es Jahrhunderte seien. Wären nicht die Veteranen jener kämpferischen Zeit noch mitten unter uns, würden wir nicht heute noch die volksvergiftenden Wirkungen der „glorreichen“ Jahre von 1878 bis 1890 am eigenen Körper verspüren – wahrhaftig, wir könnten glauben, es sei ein höllische Traum gewesen. [...]

Aber all das Entsetzliche, das die Nation und der Einzelne ertrug, vermochte nicht den Gedanken an jenes Unrecht zu beseitigen, das vor fünfzig Jahren die Volksgemeinschaft in zwei feindliche Lager trennte, das Schlagworte schuf, die bis in die heutige Zeit unheilvoll wirkten und eine Reihe von Familien durch Einkerkierung und Landesverweisung in tiefstes Unglück stürzte. [...]

Es war nach den Jahren 1870/71, als der Einbruch der Maschine in unser Tal sich vollzog. Von ihrem Aufkommen ließ sich eine scharfe Trennungslinie zwischen Arbeitnehmer und –geber nicht ziehen. Meister und Gesellen lebten in recht patriarchalischen Verhältnissen, teilten redlich miteinander gute und schlechte Zeiten, aßen vom gleichen Brote in den Tagen des Wohlstandes oder schnallden die Riemen fester in Wochen der Not. Fast jede Arbeiterfamilie besaß Feld und Vieh. Nebenbei trieben die Familienangehörigen noch einen schwunghaften Handel mit Strickgarnen. Der Siegeszug der Maschine aber riß eine Kluft auf, die auch heute noch fast unüberbrückbar erscheint. Die kleinen Meister konnten mit der wachsenden Industrialisierung nicht Schritt halten, die Gestehungskosten stiegen, die Preise sanken. Es fehlte das Kapital, das die Arbeit der Hände so wirksam unterstützt, auch war der weite Blick der Väter in der Enge des Tales verloren gegangen. Von der eisernen Unbarmherzigkeit der Maschine zu Boden gerungen, halfen sich viele für die erste Zeit durch Preisgabe ihres Besitzes an Grund und Boden, ohne jedoch den völligen Zusammenbruch aufhalten zu können. Langsam und unerbittlich schluckte der gewaltige Strom des neuentstandenen vierten Standes die einst selbständigen und gewerbestolzen Meister. [...]

So sah die Zeit aus, in die das Sozialistengesetz fiel, das zwangsläufig den fast restlosen Zusammenschluss der deutschen Arbeiter vollendete – eine Wirkung, die allerdings nicht beabsichtigt war. Die Lambrechter Arbeiter erfuhren von dem Gesetz durch die Berichte nationalliberaler Neustadter und Kaiserslauterer Zeitungen, die damals im Tale gelesen wurden. Fragt man heute die Alten, welchen Eindruck die Annahme des Gesetzes auf die hiesige Arbeiterschaft machte, so zucken sie lachend die Schultern und erklären, kein Mensch habe es nötig gefunden, sich darüber aufzuregen, da es im Tale nichts zu verbieten gab, weil keine Ortsgruppe der verfemten Partei bestand. Jetzt erst, wo von höchster Regierungsstelle aus der Bannfluch geschleudert und die Ächtung ausgesprochen war, wo untergeordnete Verwaltungsstellen durch ein System von Überwachungen und Haussuchungen politische Märtyrer schufen, jetzt erst betrachtete man sich genauer diese verbotene Frucht und fand, dass sie gut sei. Bereits im folgenden Jahre, 1879, gelang es den Arbeitern, fünfzehn ihrer Vertreter in den Gemeinderat abzuordnen. Da sie sich jedoch nicht durchzusetzen vermochten, gab einer nach dem anderen sein Mandat

wieder auf. *Unterdessen jedoch war die Krankenkasse in Tätigkeit getreten. Ihre Vorstandsmitglieder – unterstützt von dem Neustadter Arbeiter Köppe, nahmen in der Stille die Verbindung zu Gleichgesinnten auf. Von Mannheim aus, wo sich die Zentrale befand, erfolgte über die Lambrechter Tischlerkasse eine planmäßige earbeitung des Tales bis auf die letzten Höfe. Der leider verstorbene Jean Hauck holte in regelmäßigen Zwischenräumen schwere Rucksäcke voll Zeitungen, Flugblätter und Broschürenliteratur und schaffte sie der Gendarmen wegen durchs Kaltenbrunner Tal nach Lambrecht. Die Austeilung übernahm Daniel Merkel, der damals unerschrocken und unermüdlich von Dorf zu Dorf und von Haus zu Haus sich die Füße wund lief. Unter den eingeschmuggelten verbotenen Zeitungen befand sich auch das neue Zentralorgan der verfolgten Partei, „Der Sozialdemokrat“, der zuerst in Zürich erschien, von 1888 ab aber in London gedruckt wurde. Er war öffentlicher Ankläger und Verteidiger zu gleicher Zeit. Gerade dieses verfeimte Blatt wurde von der nur an farblose offizielle Kost gewöhnten Bevölkerung mit einem wahren Heißhunger verschlungen. In Lambrecht wechselten die Empfänger der Zeitungen und Flugblätter von Monat zu Monat, um bei unerwarteten Haussuchungen der Polizei die Tätigkeit recht zu erschweren. Daniel Merkel und seine gleichaltrigen Kameraden übernahmen die systematische Bearbeitung der engeren Heimat. Sie schoben bei Nacht die Handzettel und Aufrufe unter jede Haustüre und trugen sie aus in den benachbarten Dörfern. Heute noch wissen die wenigen Überlebenden ein Lied zu singen von der selbstlosen Arbeit jener Tage. Nicht selten geschah es, dass man die tapferen Geburtshelfer der neuen Zeit mit den Hunden aus dem Hause hetzte und auch mit tätlichen Drohungen nicht sparte. Um diesen unterirdischen Arbeiten ein Ende zu machen, verpflichtete das Bezirksamt Neustadt kleine Gemeinden zur Aufstellung besonderer Nachtwächter. Damit hatte man aber vielfach den Bock zum Gärtner gesetzt, umschlang doch das gleiche Band von Sympathie alle diejenigen, welche die übergroße Not der Gründerzeit am eigenen Körper verspürten. Zudem reizte die Gefahr, erst recht die Behörde zu übertölpeln, die, gerüstet mit allen Waffen des Polizeistaates, im Grunde doch wehrlos war gegen eine Flut, die auch die stärksten Dämme niederriss. [...]*

Da endlich im September 1890 fiel das berüchtigte Gesetz, nachdem die Februarwahl des gleichen Jahres der Sozialdemokratie zuvor noch den ersten gewaltigen Stimmenzuwachs gebracht hatte – ein geradezu niederschmetterndes Ergebnis für die Regierung. Die Partei aber dankte der Lambrechter Arbeiterschaft für ihre treue und aufopfernde Haltung, indem sie ihre erste Tagung in den engen Mauern des Weberstädtchens abhielt.

Nun war der Weg frei, der Aufstieg begann. In raschem Ansturme übersprangen die Ideen des Sozialismus die Grenzen aller Länder und brachen auf ihrem Vormarsche jeden Widerstand. Dort aber, wo staatliche Macht und rohe Gewalt in Europa den Siegeszug aufzuhalten versuchen, wird die Flut um so höher schwellen, denn auch über Kanonen und Bajonette triumphiert letzten Endes sieghaft die Idee. Darum unbeirrt den Blick voraus und tapfer voran in eine schönere Zukunft, denn „mit uns zieht die neue Zeit!“

3. 1901: Wahl des ersten sozialdemokratischen Bürgermeisters in Bayern

Der erste Kandidat: Karl Bitsch

Auch ohne Sozialistengesetz war es nicht einfach für Sozialdemokraten, in wichtige politische Ämter zu gelangen. In der damals zu Bayern gehörenden Pfalz hatten die

übergeordneten Behörden immer noch ein Wörtchen mit zu reden. Wie weit reichend ihr Einfluss war, zeigte sich in Lambrecht bei der Bürgermeisterwahl 1909.

Im Vorfeld der Wahl war es im Lambrechter Stadtrat zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen Stadtratsmitgliedern und dem Bürgermeister Bofinger gekommen. Dieser hatte wegen anhaltender Angriffe sein Amt nieder gelegt und war aus dem Stadtrat, zusammen mit zehn weiteren Ratsmitgliedern, ausgetreten. Im Rat verblieben neun Sozialdemokraten und ein Zentrumsmitglied. Da auch von den Ersatzmitgliedern nur die Sozialdemokraten dem Stadtrat beitraten, bestand der Rat nur noch aus zwölf von 23 Mitgliedern. Deshalb wurde für Ende März eine außerordentliche Gemeindewahl für Lambrecht angesetzt. Die elf von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Gemeinderäte erhielten 198 der 220 abgegebenen Stimmen. Da wiederum ein Teil der Gewählten ihr Amt ablehnten und nur einige Ersatzleute aufrückten, bestand der Stadtrat nach der Wahl aus 20 Mitgliedern, darunter 15 Sozialdemokraten und drei Zentrumsmitglieder. Nun schritt man zur Wahl des Bürgermeisters und der beiden Adjunkten.

Als Sieger der Bürgermeisterwahl ging der Sozialdemokrat Karl Bitsch mit 18 Stimmen hervor. Erster Adjunkt wurde der Zentrumsmann Jakob Lay, 2. Adjunkt der Sozialdemokrat Karl Schlosser. Darauf folgte allerdings nicht die Routine der Amtsbestätigung, sondern die Ablehnung des Kandidaten durch das königliche Staatsministerium des Innern. Diese Entscheidung wurde nach einem Schreiben der Kammer des Innern gefällt, die im Falle Bitsch zu folgendem Ergebnis kam: *„im gegenwärtigen Falle sind diese [Verhältnisse] allerdings derart, dass wir voraussichtlich zur Versagung der Bestätigung gelangen werden. Denn der Bürgermeister wie die beiden Adjunkten leben in Erwerbs- und Vermögensverhältnissen, die ein von Parteirücksichten unabhängiges Handeln hnen kaum gestatten. Dass aber gerade in Lambrecht, wo in neuerer Zeit schon öfters heftige Lohnkämpfe statt gefunden haben, die Leitung der Ortspolizei einem verlässigen unabhängigen Bürgermeister untersteht, erachten wir für unerlässlich“*. In den Augen des Ministeriums ist Karl Bitsch nicht für das Bürgermeisteramt geeignet, da seine sozialdemokratischen Interessen nicht mit den Interessen des Ortes zu verbinden seien. Außerdem müsse er als Besitzer einer Gastwirtschaft (in einem Brief an das Staatsministeriums heißt es: *„Zäpfler in einer von einer Speyerer Bierbrauerei gepachteten Wirtschaft“*) darauf achten, seine Kunden – in erster Linie Sozialdemokraten – nicht zu verkraulen.

Im Sitzungsprotokoll des Gemeinderates vom 19. Juli 1909 liest sich die endgültige Entscheidung zur Wahl folgendermaßen:

„Hierauf wird der Wirtschaftsbesitzer Karl Schlosser als II. Adjunkt bestätigt, während die Wahl des Wirtes Karl Bitsch zum Bürgermeister nicht anerkannt wird, da Bitsch Sozialdemokrat ist und einem Angehörigen der sozialdemokratischen Partei mit Rücksicht auf die Aufgaben des Bürgermeisters als Staatsbeamter und Verwalter der örtlichen Polizei bei der grundsätzlichen Stellung dieser Partei zu der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung die Bestätigung nur dann erteilt werden, wenn die Bestätigungsbehörde mit ihrer Kenntnis der Parteilichkeit die Überzeugung gewonnen hätte, dass der Gewählte im Stande und auch gewillt ist, in jeder Lage die Pflicht des Amtes über die Anforderungen zu stellen, die aus den Verhältnissen zu seiner Partei sich ergeben. Bei Bitsch hätte aber eine solche Überzeugung nicht gewonnen werden können, da Bitsch Inhaber einer Wirtschaft sei, in der fast ausschließlich nur Anhänger der sozialdemokratischen Partei verkehren und er wegen seines Nahrungsstandes und er wegen des Geschäftszwanges seiner Wirtschaft auf die Kundschaft und auf ein besonders gutes Einvernehmen mit den Angehörigen seiner Partei deswegen bedacht sein muss“.

Da auch ein Protest von Seiten des Gemeinderates (wie darin argumentiert wurde, ist leider nicht bekannt) nicht half, mussten Neuwahlen durchgeführt werden.

Zweite Wahl macht Max Neu zum Bürgermeister

Die noch im gleichen Jahr abgehaltenen Neuwahlen kürten einen anderen Sieger: Max Neu. Er war, wie Karl Bitsch, Sozialdemokrat und Wirt. Diesmal akzeptierte das königliche Staatsministerium des Innern allerdings die Wahl, da wohl auch dort nun offensichtlich war, dass weitere Wahlgänge zu keinen anderen Ergebnissen führen würden. Der Königliche Staatsminister des Innern, Ritter von Brettreich, schreibt dazu in einem Bericht: *„In Lambrecht haben die Bürger nun doch wieder einen Sozialdemokraten gewählt. Wenn es angängig ist, sollte man ihn bestätigen, damit die Gemeinde zur Ruhe kommt“*. Außerdem argumentiert die bayerische Regierung damit, dass Max Neu gar kein echter Sozialdemokrat sei. In einem weiteren Brief Brettreichs heißt es: *„Mit Lambrecht erscheint es aber wohl möglich, auch ohne andere Fälle abzuwarten, dieses Mal rasch und zwar bestätigend zu entscheiden... Denn hiernach gehörte der gewählte Bürgermeister seither der Zentrumspartei an, hat sich erst kurz vor der Wahl als Mitglied der sozialdemokratischen Partei angemeldet und sonach keine Gelegenheit gehabt, die sozialdemokratische Richtung nach außen geltend zu machen [...]“*. Diese Argumentation wurde auch in der Presse übernommen, aber gleich anschließend widerrufen. Man gestand ein, dass Neu eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei, genauso wie auch zwölf Gemeinderäte.

Bei der gleichen Wahl wurden in der Pfalz noch zwei weitere Sozialdemokraten zu Bürgermeistern gewählt. In Grethen stellte sich heraus, dass der Kandidat kein Sozialdemokrat war. In Rheingönheim wartete man noch auf die Bestätigung. Zu dieser Zeit war aber Max Neu schon von der Regierung anerkannt, so dass er der erste sozialdemokratische Bürgermeister der Pfalz war. In einem Zeitungsausschnitt aus der Augsburger Abendzeitung vom 8. Dezember 1909 heißt es: *„Der erste sozialdemokratische Bürgermeister in Bayern. Die Sozialdemokratie darf jubeln. Der erste sozialdemokratische Bürgermeister in Bayern ist durch regierungsseitige Genehmigung des neu gewählten Bürgermeisters Neu in Lambrecht zur Tatsache geworden. Eine Notwendigkeit, dieses Ereignis allzu tragisch zu nehmen, besteht wohl nicht [...] Zum mindesten ist also der erste sozialdemokratische Bürgermeister Bayerns ein recht sonderliches politisches Gemisch [...] Das Prinzip der Nichtbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister ist in Bayern durchgebrochen und die Staatsregierung wird die weiteren Konsequenzen daraus tragen müssen“*.

Am 8. Dezember wurde Max Neu vom Bezirksamt Neustadt verpflichtet und löste damit Gottfried Bofinger, der seit 1885 im Amt war, als Bürgermeister ab. In die Amtszeit Neus, die bis 1921 dauerte, fiel der erste Weltkrieg und der Beginn der Weimarer Republik. In der Stadtratssitzung vom 15. November 1918 ging Max Neu, wie aus dem Stadtratsprotokoll hervor geht, ausführlich auf die veränderte Situation nach der Novemberrevolution ein. Er forderte alle Mitglieder des Rates auf, zum Wohle der Stadt auch weiterhin zusammen zu arbeiten. Die Beamten der Stadt gaben in der gleichen Sitzung eine Erklärung ab, die ihre Treue zur Stadtgemeinde Lambrecht und dem „Volksstaate Bayern“ bekräftigte.

Anschließend beratschlagte der Stadtrat, wo in Lambrecht Flüchtlinge untergebracht werden können und beschloss, die Schule sowie einige weitere Räume zur Verfügung zu stellen.

4. Vertretung von Arbeiterinteressen in verschiedenen Vereinen

Bei der Darstellung der SPD-Geschichte dürfen auch die außerparteilichen Organisationen, die der Partei nahe standen, nicht fehlen: der Volks-Chor, die Freie Turnerschaft und die Naturfreunde. Gegründet wurden all diese Vereine, um Abwechslung in den grauen Alltag der Arbeiter zu bringen. Gleichzeitig waren es aber auch Zusammenschlüsse Gleichgesinnter, bei deren Bersammlungen Ideen ausgetauscht werden konnten.

Der Gesangverein „Liedesfreiheit“

Noch im 19. Jahrhundert wurde der Volks-Chor gegründet. Die Gründungsversammlung fand am 1. November 1893 in der Gastwirtschaft Karl Schlosser statt. Im Protokoll von damals heißt es: *„Seit längerer Zeit war unter der hiesigen Arbeiterschaft die Absicht vorhanden, einen Arbeitergesangverein zu gründen“*. In einer weiteren Versammlung am 21. November 1893 wählte man den vorstand und beschloss, dienstags und donnerstags zu proben. Der Chor gab sich in dieser Sitzung den Namen „Liedesfreiheit“.

Die enge Verknüpfung von Freizeit und politischem Engagement war den damaligen Behörden ein Dorn im Auge. So heißt es in einem Eintrag aus dem Jahr 1894 im Protokollbuch: *„In der Ausschußsitzung [...] sah sich der Ausschuss genötigt, den § 2 der Satzung abzuändern, weil königl. Bezirksamt vermuthet, dass der Verein ein politischer sein möge, und deßhalb verlangen, dass eine Veränderung der Statuten vorgenommen werden müsse“* Aus der Festschrift zum 60jährigen Bestehen lässt sich entnehmen, dass dem Verein noch weitere Schwierigkeiten gemacht wurden. Er ließ sich aber nicht unterkriegen und so konnte 1903 das Vereinsbanner mit dem Spruch „Sind wir von der Arbeit müde/ ist noch Kraft zu einem Liede“ geweiht werden. Nach dem ersten Weltkrieg nannte sich die „Liedesfreiheit“ in Volks-Chor Lambrecht um.

Die Freie Turnerschaft

Der nächste an den Interessen der Arbeiterschaft ausgerichtete Verein, der die Lambrechter Bühne betrat, war die Freie Turnerschaft. Im Jahr 1906 spaltete sie sich vom Turnverein der Deutschen Turnerschaft ab. Auch diese bestand vorwiegend aus „organisierten und sozialistisch gesinnten Arbeitern“, wie es in einer Erinnerung an die Grundsteinlegung der Turnhalle im Beerental heißt. Meinungsverschiedenheiten zwischen Fabrikantensöhnen und Arbeitern hatten dazu geführt, dass ein eigener Arbeiterturnverein gegründet wurde, dem gleich 180 Mitglieder beitraten. Geturnt wurde anfänglich im Tanzsaal des Wirtes Karl Bitsch in der Wallonenstraße, was wieder das Zusammenspiel von Freizeit und politischen Interessen verdeutlicht. Die Spaltung der Turnerschaft wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Gründung des Turn- und Sportvereins Lambrecht aufgehoben, da ihm Sportler beider Vereine beitrugen.

Die Naturfreunde

Auch bei den Naturfreunden bestand ein Zusammenhang zwischen sozialer Situation, politischer Ausrichtung und abwechslungsreicher Freizeitgestaltung. In der Festschrift zum 50jährigen Vereinsjubiläum von 1963 heißt es: *„Daß sich damals, im Jahre 1913 in Lambrecht eine Handvoll Männer zusammenfand, um diese*

Naturfreunde-Ortsgruppe ins Leben zu rufen, hat ursächlichen Zusammenhang mit der damaligen Situation in Industriebetrieben. [...] Die sozialistische Arbeiterbewegung erstarkte in harten Kämpfen um sozialen und politischen Fortschritt. Diese Epoche war die Wiege der Naturfreunde-Organisation. Sie fand selbstverständlich in Lambrecht mit seiner sozialistischen Tradition aufnahmebereite Herzen“: Ziel des Vereins war es, die wenige Freizeit der Arbeiter sinnvoll zu gestalten und auch kulturelle Werte zu vermitteln.

5. 1921: Hans Seiberth wird hauptamtlicher Bürgermeister

Diskussion um Berufsbürgermeister

Wie die Diskussionen bei der Bürgermeisterwahl von 1909 zeigten, waren die damaligen Bürgermeister ehrenamtlich tätig. Im Jahre 1921 sollte sich dies in Lambrecht ändern. Schon im Vorjahr kam es zu heftigen Diskussionen um die Stellung des Bürgermeisters, was alleine der Umfang der entsprechenden Protokolle zeigt.

Der Stadtrat war sich nicht darüber einig, ob eine so wichtige Entscheidung überhaupt noch kurz vor den anstehenden Wahlen gefällt werden dürfe, zumal der Stadtrat nicht als repräsentativ für die Lambrechter Bevölkerung gelten könne, weil er während des Krieges gewählt worden sei. Da aber der amtierende Bürgermeister Neu nicht mehr kandidieren wollte, schien es trotzdem möglich. Auch erklärte sich dieser bereit, noch so lange im Amt zu bleiben, bis ein Berufsbürgermeister gefunden sei. Er gab aber auch bekannt, dass er nicht gewillt sei, sich längerfristig zu binden. Am Ende der Sitzung sollte darüber abgestimmt werden, ob Lambrecht denn grundsätzlich einen Berufsbürgermeister braucht und ob die Entscheidung dem nächsten Stadtrat überlassen werden sollte. Bei der vorangegangenen Diskussion hatten sich die Gemüter allerdings so erhitzt, dass während der Abstimmung, ob überhaupt über einen Berufsbürgermeister abgestimmt werden soll, ein so starker Tumult ausbrach, dass der Vorsitzende die Sitzung aufheben musste. Es war noch nicht einmal möglich, das Protokoll der Sitzung von allen unterschreiben zu lassen, wie Hans Seiberth, der zum damaligen Zeitpunkt erster Stadtschreiber war, am Ende vermerkte.

Der Stadtrat einigte sich schließlich auf das Berufsbürgermeisteramt und am 15. Januar 1921 wurde der am 9. Januar gewählte Sozialdemokrat Hans Seiberth in sein Amt eingeführt. Bei der Diskussion um den Dienstvertrag von Seiberth wollte ein Teil des Rates den neuen Bürgermeister erst einmal für ein Probejahr einstellen. Dieser Antrag wurde jedoch mit 13 zu 6 Stimmen mit dem Argument abgelehnt, dass Seiberth schon lange in Lambrecht bekannt sei und man somit wisse, wen man zum Bürgermeister gemacht habe.

Widerstand gegen die Separatistenbewegung

Neben der wirtschaftlichen Not, die in der Nachkriegszeit in Lambrecht herrschte und die es zu lindern galt, hatte man 1923 noch mit anderen Problemen zu kämpfen. Die Separatismusbewegung ergriff auch Neustadt und Kaiserslautern und drohte, sich nach Lambrecht auszubreiten. Die Lambrechter Bürger standen aber fest auf der Seite der Regierung und wehrten sich nach Kräften gegen die Separatisten. Auch nach den blutigen Kämpfen um Lambrecht vom 8. November blieb die Stadt bei ihrer Haltung. In einer Stadtratssitzung am 4. Dezember 1923 sprechen sich die Mitglieder gegen eine Treueerklärung an die Regierung der autonomen Pfalz aus. Im Protokoll

heißt es: „Der Stadtrat Lambrecht erblickt in dieser Maßnahme eine Verletzung des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechtes und eine Missachtung der gewählten Volksvertreter. Er legt Verwahrung gegen jede Einschränkung dieses Rechtes, zumal nach den Veröffentlichungen der Regierung der autonomen Pfalz die bisherigen Gesetze und Vorschriften noch Rechtsgültigkeit haben“. Am 17. Februar 1924 zogen die Separatisten aus der Pfalz ab.

Die weitere Amtszeit Seiberths war durch den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not zur Zeit der Wirtschaftskrise geprägt.

6. 1946: Politischer Neuanfang nach dem Krieg

Georg Köhler wird Bürgermeister

Eine aktive Betätigung als Sozialdemokrat war auch in Lambrecht nach dem Verbot durch die Nationalsozialisten nicht möglich. Viele Parteianhänger wurden Repressalien der unterschiedlichsten Art unterworfen.

Der Neuanfang nach dem Krieg war in Lambrecht dann zuerst von der Politik der amerikanischen und französischen Militärregierung bestimmt. Es gab vorerst keine freien Wahlen, vielmehr wurde von den Amerikanern ein Bürgermeister, Ludwig Knoll, eingesetzt und später durch Wahl der Bevölkerung bestätigt. Im Juli 1945 stellte die französische Militärregierung dem Bürgermeister einen Beirat zur Seite. Das Handeln dieses Gremiums war anfänglich nicht von politischen Debatten nach heutigem Verständnis geprägt. Vielmehr waren es Existenz- und Überlebensfragen, die den Rat beschäftigten. Es mussten Lebensmittel und Brennmaterialien besorgt, die Kriegsschäden an den Häusern noch vor dem Winter repariert und die Flüchtlinge untergebracht werden.

Die ersten freien Wahlen fanden dann am 15. September 1946 statt. Die SPD erhielt bei dieser Wahl fünf Stadtratssitze. Fünf Sitze entfielen auch auf die KPD, vier erhielt die CDU und zwei Sitze gingen an Unabhängige. Für die Sozialdemokraten zogen Karl Bitsch, Friedrich Lieser, Georg Köhler (sen.), Lina Mansmann und Richard Schöfer in den Stadtrat ein.

Der Stadtrat wählte anschließend den Sozialdemokraten Georg Köhler mit zehn zu sechs Stimmen zum ersten demokratisch legitimierten Bürgermeister nach dem Krieg. Zum einen hatte Köhler noch mit der Linderung und Überwindung der Not in der Nachkriegszeit zu kämpfen. Zum anderen kümmerte er sich aber auch um verschiedene Bauvorhaben. So wurden während seiner Amtszeit unter anderem 1950 die städtischen Wohnhäuser in der damaligen Ernst-Thälmann-Straße errichtet. Das unter der Bezeichnung „SPD-Siedlung“ bekannte Projekt erhielt 1951 auf Vorschlag des 1. Vorsitzenden des Ortsvereins, Hermann Schneid, den Namen Ernst-Schäfer-Siedlung in Erinnerung an den Autor des Geißbock-Spiels.

Der SPD-Ortsverein wird wiedergegründet

Ein genaues Datum für die Wiedergründung des SPD-Ortsvereins Lambrecht nach dem Krieg gibt es nicht. Wie jedoch Martina Wode in ihrer Festschrift „40 Jahre Wiedergründung des SPD-Ortsvereins Lambrecht/Pfalz“ anhand von Abrechnungen nachweist, muss die Wiedergründung irgendwann im März 1946 stattgefunden haben, da ab April Mitgliedsbeiträge erhoben wurden, gleichzeitig aber auch Parteibücher existieren, die im ersten Quartal 1946 ausgestellt worden sind. Erster Vorsitzender des Ortsvereins Lambrecht wurde Karl Bitsch (jun.), der die Partei bis Anfang 1948 leitete. Im Februar legte er sein Amt wegen „persönlicher

Anfeindungen und verantwortungsloser Durchführung der Wahl“ nieder, wie es im Protokoll der Ausschusssitzung vom 3. Februar 1948 heißt. Der Ausschuss stellt allerdings fest, dass die Wahl „nach rein demokratischen und parlamentarischen Grundsätzen durchgeführt wurde“.

Ende Februar 1948 schritt der SPD-Ortsverein zur Wahl eines neuen ersten Vorsitzenden. Nominiert wurden Richard Schöfer und Karl Ohler. Letzterer wollte allerdings nicht kandidieren, so dass Richard Schöfer einstimmig vom Ausschuss nominiert wurde.

Bei den Vorstandswahlen 1949 wurde dann Hermann Schneid erster Vorsitzender. In diesem Amt blieb er bis zu seinem Tode im Jahr 1962.

7. Jugendorganisation und Arbeiterwohlfahrt

Gründung der Ortsgruppe der Arbeiterwohlfahrt

Im gleichen Jahr, in dem der SPD-Ortsverein Lambrecht wiedergegründet wurde, entstand auch auf dessen Initiative hin die Ortsgruppe Lambrecht der Arbeiterwohlfahrt am 6. September 1946. Im Vorstand der Arbeiterwohlfahrt saßen nur Frauen der SPD, die erste Vorsitzende war Lina Mansmann, ihre Stellvertreterin Auguste Hörner. 1947 wurde dann Auguste Hörner erste Vorsitzende und Lina Mansmann wurde ihre Stellvertreterin.

In einem Skript für einen Zeitungsartikel heißt es zur Arbeit der Arbeiterwohlfahrt im Jahre 1952: „Ein Jahr mühevoller Hingabe im Kampf gegen Not und unzulängliche Lebensbedingungen großer Schichten unschuldig verarmter Menschen liegt hinter den Helferinnen der Arbeiterwohlfahrt“. Auf dem Programm der Arbeiterwohlfahrt standen neben Krankenbesuchen und Nähabenden auch Erholungskuren in Eigenheimen der Arbeiterwohlfahrt.

Falken und Jungsozialisten

Das Jahr 1946 brachte in Lambrecht eine weitere Gruppe hervor, die auf sozialdemokratische Ideen basierte. Die Falken, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, wurde gegründet. Die Treffen der Gruppe leitete Ferdinand Merkel. Im März 1948 wurde dann vom Ausschuss der SPD beschlossen, dass einmal im Monat ein älteres Parteimitglied bei der Zusammenkunft der Falken eine Rede zu halten habe.

Zu diesem Zeitpunkt sahen die Ausschussmitglieder in Lambrecht noch keine Notwendigkeit für die Gründung einer Jungsozialistengruppe, da „durch die geringe Anzahl von jungen Mitgliedern [...] nur eine Verzettelung, nicht aber eine Vereinigung der Kräfte erreicht würde“. Ein Jahr später waren dann jedoch viele für die Treffen der Falken zu alt geworden, so dass schließlich doch eine Jungsozialistengruppe gegründet wurde. Leiter der Gruppe war Heinz Kaufmann. Bei der Jahres-Generalversammlung 1951 berichtete er über die Jungsozialistenabende, zu denen etwa 18 bis 20 Jugendlichen erschienen. Zur inhaltlichen Gestaltung der Zusammenkünfte heißt es: „Der behandelte Stoff ist vielseitig und auf jeden Fall aufklärend“.

8. 1952: Hermann Schneid übernimmt die Verantwortung für die Stadt

Im Jahr 1952 wurde der Sozialdemokrat Hermann Schneid zum Bürgermeister von Lambrecht gewählt und löste damit Georg Köhler ab, der zum Alt-Bürgermeister ernannt wird. Schneid war schon seit 1951 erster Beigeordneter der Stadt. Die Stadtratswahlen 1952 machten Alois Stöhr (CDU) zum ersten Beigeordneten. Zweite Beigeordnete wurde die Sozialdemokratin Auguste Hörner.

In Schneids Amtszeit fielen unterschiedliche Wohnungs- und Straßenbauprojekte. Am 10. Oktober 1955 erfolgte der erste Spatenstich für die Erweiterung des Schulhauses sowie den Bau einer Schulturnhalle. Die Baukosten lagen bei etwa einer Million Mark. Abgeschlossen wurde der Schulhausbau 1958, die feierliche Einweihung fand im März des gleichen Jahres statt.

Die wachsende Bedeutung Lambrechts machte auch den Bau eines neuen Empfangsgebäudes des Bahnhofes notwendig, da seit der Zerstörung der alten Halle am Ende des Krieges eine Pferdestall-Baracke als Provisorium diente. Hermann Schneid setzte sich seit 1954 für einen Neubau ein. Seine Bemühungen führten zum Erfolg und so konnte das neue Empfangsgebäude 1957 der Öffentlichkeit übergeben werden, außerdem war notwendig geworden, den Bahnübergang zur Luhrbach zu beseitigen und eine Brücke über die Gleise zu bauen. 1960 erklärt sich der Stadtrat bereit, sich an den anfallenden Kosten zu beteiligen. Zu Ehren des damaligen Bürgermeisters wurde die Brücke, die erst nach dem Tode Hermann Schneids fertig gestellt wurde, „Hermann-Schneid-Brücke“ genannt. Einen wesentlichen Schritt zur Errichtung der Heimvolkshochschule (heute: Pfalzakademie) stellte der Kauf und die kostenlose Überlassung eines Baugrundstücks an den Pfälzischen Volksbildungsverein dar.

Ein weiteres Projekt, das unter Bürgermeister Schneid vollendet wurde, ist das am Totensonntag 1960 eingeweihte Ehrenmal für die Opfer des ersten und zweiten Weltkrieges.

Auguste Hörner, Baumeisterin der Demokratie

Schon bei der Beschäftigung mit der Arbeiterwohlfahrt und jetzt bei den Wahlen als zweite Beigeordnete fiel der Name Auguste Hörner. Sie war nicht nur bis 1972 zweite Beigeordnete, sondern daran anschließend noch zwei Jahre erste Beigeordnete. In einem Artikel aus der Talpost vom 11. August 1967 anlässlich ihres 60.

Geburtstages heißt es: „Sie [ist] wie eine Mutter der Bedrückten und Bedrängten, der Armen und der Kranken“. Für ihren außerordentlichen Einsatz für das Allgemeinwohl erhielt sie 1982 das Bundesverdienstkreuz und wurde zur ersten Lambrechter Ehrenbürgerin. Wenige Jahre später wurde sie in einer Feierstunde auf dem Hambacher Schloss als „Baumeisterin der Demokratie“ für ihr Engagement nach dem Krieg ausgezeichnet.

Auf die Initiative von Auguste Hörner ging unter anderem die Ferienerholungsaktion für Lambrechter Kinder zurück, die den Kleinen für wenig Geld einige schöne Wochen im Sommer ermöglichte. Auch die Einrichtung „Essen auf Rädern“ wurde von ihr initiiert. Alte und kranke Menschen haben so die Gelegenheit, weiterhin zu Hause zu wohnen, ohne sich selbst kochen zu müssen. Als es um die Ansiedlung des Kreisaltersheim der Arbeiterwohlfahrt ging, setzte sie sich für Lambrecht als Standort ein. Während ihrer Tätigkeit als Beigeordnete kümmerte sich Auguste Hörner um all das, was unter dem Begriff „Soziales“ zusammen gefasst werden kann.

9. 1963: ein hauptamtlicher Bürgermeister nach dem Krieg

Nach dem Tode Hermann Schneids am 13. November 1962 beschließt der Stadtrat einen Monat später die Änderung der Hauptsatzung und die Einführung eines Berufsbürgermeisters mit zwölfjähriger Amtszeit. 37 Kandidaten hatten sich für das Amt beworben, durchgesetzt hatte sich Heinrich Salathe, der bis dahin als Regierungsoberinspektor beim Landratsamt Neustadt gearbeitet hatte. Am 1. August 1963 wurde Salathe in sein Amt eingeführt.

Im gleichen Jahr beschloss der Stadtrat die Erweiterung des Stadthauses in der Rudolf-Breitscheid-Straße, das 1967 bezogen werden konnte. Außerdem wurde der Bau von Reihenhäusern für kinderreiche Familien im Häuselgarten und der Bau von Wohnungen im Beerental genehmigt. Als großes Projekt während der Amtszeit von Salathe muss ebenfalls die fast vollständige Kanalisation Lambrechts erwähnt werden. Auch die unentgeltliche Übertragung des Grundstücks zum Bau des Kreisaltersheims fällt in diese Zeit.

Die Verbandsgemeinde entsteht

Die Rheinland-Pfälzische Verwaltungs- und Gebietsreform führte 1972 zur Entstehung der Verbandsgemeinde Lambrecht, in der sich Elmstein, Esthal, Frankeneck, Lambrecht, Lindenberg, Neidenfels und Weidenthal zusammenschlossen. Der neuen Verbandsgemeinde wurden zahlreiche Aufgaben zugewiesen, die zuvor von der Stadt erledigt wurden.

1972 ließ sich Bürgermeister Heinrich Salathe aus gesundheitlichen Gründen in den vorzeitigen Ruhestand versetzen. Von nun an wurde das Bürgermeisteramt wieder ehrenamtlich ausgeübt.

Führung des Ortsvereins

An der Spitze des SPD-Ortsvereins standen in dieser Zeit drei Männer. Nach dem Tode Hermann Schneids folgte Georg Bitsch, der schon seit 1948 im Stadtrat war, als erster Vorsitzender. Dieser verstarb nach nur viermonatiger Amtszeit. Zu seinem Nachfolger wurde Karl Ohler gewählt, der das Amt bis ins Jahr 1964 bekleidete. Unter Hermann Schneid und Georg Bitsch war er bereits zweiter Vorsitzender gewesen und stand nach dem Tode Schneids bis zur Wahl von Bitsch dem Ortsverein vor. Für die nächsten acht Jahre leitete Heinz Clauder den SPD-Ortsverein. Von 1964 bis 1974 war er Mitglied des Stadtrates.

10. 1974: Erna Merkel wird als erste Frau in Rheinland-Pfalz Bürgermeisterin

Nachdem Heinrich Salathe aus gesundheitlichen Gründen in den vorzeitigen Ruhestand gegangen war, lag das ehrenamtliche Bürgermeisteramt für zwei Jahre in den Händen der CDU. Die Gemeinderatswahlen von 1974 brachten aber wieder die Wende.

Für die SPD zogen acht Mitglieder in den Stadtrat ein, das war ein Sitz weniger als bei den Kommunalwahlen 1969. Die CDU erhielt sieben Sitze, ein Zuwachs von zwei Mandaten gegenüber dem letzten Stadtrat. Sowohl die Freien Demokraten als auch die Freie Wählergruppe Tal erhielten zwei Sitze.

Koalitionsgespräche und Bürgermeisterwahl

In der Folgezeit wurden Koalitionsgespräche zwischen den einzelnen Parteien und Gruppen geführt. Das Ergebnis brachte dann die Bürgermeisterwahl vom 18. April 1974. Mit den Stimmen der SPD und der Freien Wählergruppe Tal wurde Erna Merkel zur Bürgermeisterin von Lambrecht gewählt, der Kandidat der CDU unterlag mit einer Stimme weniger. Zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt übernahm eine Frau dieses Amt. Erna Merkel war bereits seit 1973 erste Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Lambrecht. Damals löste sie Hans-Jürgen Dietrich ab, der wegen innerparteilicher Machtkämpfe im Februar 1973 zurück trat.

Das knappe Wahlergebnis kommentierte die Talpost folgendermaßen: *„Mit dieser knappen Mehrheit wird sie es nicht leicht haben, ihre Vorstellungen durch zu setzen, zumal die CDU eine „ernste Opposition“ angekündigt hat. Es bleibt zu hoffen, dass die zu erwartenden Auseinandersetzungen sachlich bleiben und nicht ins persönliche gehen, damit der neue Stadtrat zum Wohle der Stadt und seiner Bürger tätig werden kann“.*

Weitere politische Betätigungsfelder

Neben ihrer Tätigkeit als ehrenamtliche Bürgermeisterin und Vorsitzende des SPD-Ortsvereins engagierte sich Erna Merkel unter anderem auch seit 1972 im Verbandsgemeinderat sowie im Kreistag. Seit 1979 war sie ebenfalls beim Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz aktiv. Aufgrund des großen Zeitaufwandes ihrer politischen Tätigkeit kandidierte sie bei den Vorstandswahlen 1977 nicht mehr. Nachfolger wurde ihr Mann, August Merkel, der bis 1995 an der Spitze des Ortsvereins stand.

Zu Beginn des Jahres 1975 wurde die Partnerschaft mit der französischen Gemeinde Blainviller sur l'eau ins Leben gerufen. Am Ende des Jahres stimmt der Stadtrat der Planung eines Gemeinschaftshauses in der Nähe des Sportplatzes zu.

Große städtebauliche Maßnahmen

In Erna Merkels Amtszeit fallen weit reichende Erschließungs- und Straßenbaumaßnahmen. Dazu gehören unter anderem umfangreiche Erschließungen im Bereich Beerental und Dicker Stein. Auch im Häuselgarten und Auf den Wergen wurden zahlreiche Grundstücke erschlossen, der Treppenaufgang von den Wergen zum Häuselgarten entstand. Zahlreiche Straßen, darunter ein Teil der Beerentalstraße, die Kuhbrücke, die Gartenstraße sowie der westliche Teil der Wiesenstraße wurden ausgebaut.

Im Rahmen verschiedener Wohnungsbauprojekte verschwanden die Baracken aus dem Lambrechter Stadtbild. So entstanden am Oberen Kleinen Weg, in der Beerentalstraße und Auf den Wergen insgesamt 32 Wohnungen (22 davon durch die Stadt) sowie zwei Einfamilienhäuser anstelle der notdürftigen Behausungen.

Stadtratswahl 1979 bringt die absolute Mehrheit für die SPD

Nach den Stadtratswahlen von 1979 zog die SPD mit zehn von 19 Sitzen in den Stadtrat ein und besaß so die absolute Mehrheit. An die Seite von Erna Merkel als Bürgermeisterin trat der Sozialdemokrat Jürgen Wode als erster Beigeordneter mit dem Geschäftsbereich „Kultur und Fremdenverkehr“.

1979 beschließt der Stadtrat den Bau des sich schon seit einiger Zeit in Planung befindlichen Gemeinschaftshauses mit den Stimmen aller Fraktionen und Gruppen. Im Mai 1983 kann schon der Heimatabend in den neuen Räumen statt finden, die offizielle Einweihung erfolgt dann im Dezember des gleichen Jahres.

Die Wahlen 1984 bringen den Sozialdemokraten erneut die absolute Mehrheit mit zehn Sitzen im Stadtrat. Für kurze Zeit bekleidet Gerd Hörner das Amt des ersten Beigeordneten. Danach wurde Fred Feiler zum ersten Beigeordneten gewählt. Dieser gibt sein Amt aus gesundheitlichen Gründen allerdings 1986 wieder auf. Ihm folgt der bisherige zweite Beigeordnete Karl-Heinz Himmler ins Amt. Im Dezember 1987 wird Arnold Merkel zweiter Beigeordneter mit dem Geschäftsbereich „Bau“.

Stadtsanierung in Lambrecht

Die Zeit nach 1979 war geprägt von der Stadtsanierung in Lambrecht. Wertvolle Bausubstanz sollte erhalten werden. So wurde die ehemalige Villa Marx renoviert. Das alte Schulhaus in der Schulstraße wurde zum Haus der Vereine umgebaut, in dem heute zehn Säle als Proben- und Arbeitsräume genutzt werden können. Bei der Sanierung im Wohnhausbereich sind die Anwesen Hauptstraße 39 und Fabrikstraße 8 und 8a zu nennen. an der Einmündung der Fabrik- in die Hauptstraße entstanden gleichzeitig für die drei Projekte Autostellplätze sowie ein Kinderspielplatz.

Den wohl weitreichendsten Einfluss auf das Stadtbild stellte der Beginn der Stadtsanierung im Ortskern entlang der B 39 dar. die Häuser zwischen Haupt- und Schulstraße wurden abgerissen, um Neubaumaßnahmen Platz zu machen.

11. 1994: Verlust des Bürgermeisteramtes

Die Wahlen von 1994 brachten eine Veränderung der politischen Landschaft Lambrechts. Im Stadtrat gab es ein Patt zwischen SPD und CDU, die beide acht Sitze erhielten. Die Freie Wählergruppe Tal sowie die Grünen zogen mit jeweils zwei Sitzen in den Rat ein.

Zum ersten Mal wird der Bürgermeister nicht mehr vom Rat, sondern direkt von der Bevölkerung gewählt. Die bisherige Bürgermeisterin kandidierte aus Altersgründen nach zwanzigjähriger Amtszeit nicht mehr. Bürgermeisterkandidat der SPD wurde Günther Semmelsberger, der in der Direktwahl gegen seinen Konkurrenten von der CDU, Michael Stöhr, unterlag. Michael Stöhr war Beigeordneter der Stadt von 1989 bis 1994 in einer SPD-CDU Zusammenarbeit. Seit diesen Wahlen setzt sich die SPD in der Opposition für die Interessen Lambrechts ein.

Von 1995 bis 1997 stand Dieter Schmidt an der Spitze des Ortsvereins, danach übernimmt Günther Semmelsberger das Amt [und bekleidet es bis heute](#).

[Auch bei den Kommunalwahlen im Jahr 1999 konnte Günther Semmelsberger das Bürgermeisteramt für die SPD nicht zurück gewinnen. Die SPD verlor weitere zwei Mandate. Bei den Kommunalwahlen 2004 und 2009 kandidierte Hanne Hartmann als Bürgermeisterin, aber auch sie konnte das Bürgermeisteramt für die SPD nicht zurück erobern.](#)

IV. Aufbruch ins neue Jahrtausend

Der SPD-Ortsverein Lambrecht 1997-2012

Die Wahlen von 1994 veränderten nicht nur die politische Landschaft Lambrechts, sondern brachten auch für den SPD-Ortsverein Lambrecht einige Veränderungen mit sich. Diese waren zunächst personeller Natur: Neuer 1. Vorsitzender wurde Dieter Schmitt, der 1997 von Günther Semmelsberger abgelöst wurde; dieser bekleidet das Amt bis heute. Mit der ihm eigenen Souveränität und Besonnenheit führte er den Ortsverein in einen neuen Abschnitt seiner nunmehr 140-jährigen Geschichte. Aber auch der Verlust des Bürgermeisteramts brachte für den Ortsverein Veränderungen mit sich. Hatte man die Vorstands- und Fraktionssitzungen bislang ganz selbstverständlich im Lambrechter Rathaus abgehalten, mietete man nun einen Raum im Haus der Vereine im Erdgeschoss. Später nach Einführung des Jugendzentrums teilte man sich einen mit dem Volks-Chor im 1. Obergeschoss. Nicht zuletzt fand der Ortsverein in den vergangenen fünfzehn Jahren auch ein Stück weit zu einem neuen Selbstverständnis: Anstatt sich nur auf die politische Arbeit zu beschränken – die natürlich auch und gerade in der Opposition eine wichtige Rolle spielte und immer noch spielt –, besann man sich auf jene Tugend, die als gemeinsamer Nenner der ebenso zahlreichen wie vielfältigen Lambrechter Vereine gelten kann, und schrieb sich mehr denn je das bürgerschaftliche Engagement auf die Fahnen. Neben der politischen Arbeit ziehen sich daher Renovierungen von Brunnen, Spielplätzen und Freizeitanlagen und Veranstaltungen zugunsten wohltätiger Zwecke wie ein roter Faden durch die jüngste Phase der Geschichte des Ortsvereins.

Heringssessen

Das politische Heringssessen am Aschermittwoch, das die SPD Lambrecht alljährlich im Gemeinschaftshaus organisiert, ist schon seit Jahrzehnten fester Bestandteil des städtischen Terminkalenders. Doch während der Zuspruch zwischenzeitlich sehr gering blieb, ist es in den letzten Jahrzehnten zu einer regelrechten Großveranstaltung mit regelmäßig über 100 Besuchern angewachsen. Verantwortlich dafür ist sicherlich nicht nur das gute Essen, das seit vielen Jahren zuverlässig von Hanne und Hans Josef Hartmann sowie Ulrike Kobel und Brigitte Semmelsberger vorbereitet wird, sondern auch die Möglichkeit, Neues vor allem aus der Landes- und Kommunalpolitik zu erfahren. Über viele Jahre hinweg war die Landtagsabgeordnete Hildrun Siegrist „Stammgast“ des Heringssessens und berichtete aus erster Hand Stimmungen, Anekdoten und Neuigkeiten aus dem Landtag. Es ist gute Tradition geworden, dass die Heringe an die Bevölkerung kostenlos abgegeben werden, an Ausgang jedoch ein Spendenschwein aufgestellt ist, dessen Inhalt sozialen Zwecken zugeführt wird. So konnte schon mancher Familie, die unverschuldet in Not geraten ist, mit dem Erlös etwas geholfen werden. Auch die drei Lambrechter Kindertagesstätten haben schon von dem Inhalt des Spendenschweins profitiert.

Sommerfest Am Beutelstein

Das SPD-Sommerfest Am Beutelstein ist in den vergangenen zehn Jahren, wie auch das Heringssessen zu einer Art Tradition geworden. Nicht nur im Veranstaltungskalender der SPD Lambrecht, sondern auch im Terminkalender vieler Menschen aus dem Tal und darüber hinaus hat das gemütliche Beisammensein in der Freizeitanlage mit herrlichem Blick über die Stadt einen festen Platz. Doch angefangen hat alles mit harter Arbeit.

„In mehreren Arbeitseinsätzen“, so berichtet die Talpost im August 2002, „gelang es dem SPD-Ortsverein Lambrecht, die Grünanlage am Beutelstein wieder instand zu setzen und sie durch viel Fleiß und Hingabe in neuem Glanz erstrahlen zu lassen.“

Zahlreiche SPD-Mitglieder beteiligten sich an der Aktion und halfen bei der Bewältigung vielfältiger Aufgaben: Der Plattenbelag wurde gesäubert, die Hecken geschnitten, faules Holz an Tischen und Bänken ausgetauscht.“¹ Am 7. September 2002 feierte man dann zusammen mit dem ersten Sommerfest Am Beutelstein auch die feierliche Übergabe der Grünanlage an die Stadt. Die Instandhaltung der Freizeitanlage blieb für den Ortsverein eine dauerhafte Aufgabe. So wurde im Juni 2003 eine neue (natürlich rote) Bank aufgestellt, die der Lambrechter Alfred Baumann gestiftet hatte und die von Ortsvereinsmitglied Ernst Selinger renoviert worden war. Im Laufe der Jahre mussten auch die Tische und Bänke noch einmal abgeschliffen und mit neuer Lasur versehen werden. Im Jahr 2009 spendete der Ortsverein eine neue Sitzgarnitur, die im Rahmen eines ausgedehnten Arbeitseinsatzes im Frühjahr aufgestellt wurde.

Weiterer Dienst am Bürger – unsere Arbeitseinsätze

Eines der ersten Projekte, die der Ortsverein anging, war die Sanierung des Hermann-Schneid-Brunnens in Zusammenarbeit mit dem Verein Sauerbrunnen-Denkmalpflege im Jahr 2001. Der Brunnen erhielt unter anderem einen neuen Brunnentrog und das Umfeld wurde gesäubert. Allerdings sollte der Schneid-Brunnen in den darauffolgenden Jahren sowohl die SPD als auch die Stadt Lambrecht noch öfter beschäftigen. Die Freude über den vollen Strahl, mit dem der Brunnen nun wieder lief, währte nämlich nur kurz; wenig später tröpfelte er über Jahre nur noch, bis 2010 schließlich illegale Abzapfungen entdeckt wurden.

Im Jahr 2007 wurde im Rahmen mehrerer Arbeitseinsätze der Spielplatz im Lambrechter Ortsteil Iptestal von der SPD Lambrecht unter Mitarbeit der Bürgerinitiative Iptestal und einiger Jugendlicher aus dem Ort wieder hergerichtet. Gerade die Spielgeräte, aber auch die dort befindliche Hütte hatten sich in teilweise desolatem Zustand befunden. Bei den Arbeitseinsätzen wurden die Spielgeräte neu gestrichen, die Hütte mit einer neuen Holzfassade versehen und der Sand im Sandkasten ausgetauscht. Die gesamte Anlage wurde überarbeitet und im Rahmen eines Frühlingfestes im April 2008 der Bevölkerung übergeben. Die SPD hinterließ auch eine kleine Erinnerung an ihre Arbeitseinsätze: Das rote Flugzeug, das auf dem Dach der Hütte thront, trägt nun die Aufschrift ‚SPD‘.

Anlässlich des 140 jährigen Jubiläums hat sich der SPD-Ortsverein auf die Fahne geschrieben, den Platz vor dem Bahnhof neu zu gestalten. Die Arbeit soll nach dem Jubiläum beginnen und im Frühjahr 2013 mit einem Einweihungsfest abschließen.

Historische Veranstaltungen

Regine Hildebrandt zu Gast im Tal

Im Rahmen seiner politischen Arbeit hat der SPD-Ortsverein Lambrecht in den vergangenen 15 Jahren immer wieder Info-Abende und Podiumsdiskussionen veranstaltet. Einen Höhepunkt dabei stellte sicherlich die Diskussion mit der ehemaligen brandenburgischen Sozialministerin Regine Hildebrandt dar, die am 16. März 2001 im Foyer der Regionalen Schule Lambrecht stattfand. Die für ihre offenen Worte bekannte, allseits beliebte, wenn auch keineswegs unumstrittene SPD-Politikerin prangerte die „erschreckende Gerechtigkeitslücke auf dem Gebiet der

¹ Talpost, 15.08.2002.

Bildung² an, ein noch immer hochaktuelles Thema. Sie forderte, dass sich die SPD auf die Forderung nach Chancengleichheit besinnen müsse; dazu gehöre auch die Frauenförderung. Ferner betonte sie die Relevanz der schulischen Werteerziehung auch in Anbetracht des immer stärker zu beobachtenden Rechtsextremismus.

Landesvater besucht Ortsverein

Im Jahr 1997 besuchte Kurt Beck anlässlich des 125. Jahrestags seit Gründung des SPD-Ortsvereins die Festveranstaltung und hielt auch die Festrede. Er fand erneut den Weg nach Lambrecht im Jahr 2004, um die SPD im Kommunalwahlkampf zu unterstützen.

Kommunalpolitisches Engagement in der Opposition

Zusammenfassend kann eine gute Zusammenarbeit im Rat bestätigt werden, trotz aller Kritik an manchen Vorstößen der Stadtspitze. Vorschläge der SPD-Fraktion wurden zumeist aufgegriffen und in die Tat umgesetzt. In den letzten Jahren kam es jedoch immer öfter vor, dass die SPD-Fraktion den Vorschlägen der Stadtspitze nicht folgen konnte. Ab dem Jahr 2005 kritisierte die SPD-Fraktion immer wieder, dass beim Straßenausbau die Anlieger zu spät in die Planungen eingebunden wurden. Bei Gewährleistungsansprüchen, z.B. der Sanierung der Hermann-Schneid-Brücke und des Zunfthauses haben die Sozialdemokraten Mängel aufgezeigt und auf Abhilfe gedrängt. In diesem Zusammenhang konnte erreicht werden, dass bei Bauvorhaben nun immer die Leistungsphase 9 (Dokumentation) der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) mit vergeben wurde.

Beim Bau des Mehrgenerationenhauses hatte unsere Fraktion andere Vorstellungen. Ein Investor mit entsprechender Erfahrung wurde zu lange hingehalten und ist abgesprungen. Dem dann noch verbliebenen Investor haben die Verantwortlichen nicht nur das Gelände sehr günstig vergeben; sie haben auch später noch einen Geländestreifen entlang des Speyerbach zu Baulandpreisen zurückgekauft. Die Stadt kam dem Investor weiter entgegen, indem die geforderte Zahl der Stellplätze reduziert und dadurch auf die Ablösesumme verzichtet wurde.

Aus der Sicht der SPD-Fraktion war es eine krasse Fehlentscheidung, das Gelände gegenüber dem Zunfthaus von dem Sanierungsträger GSW 2010 zurückzukaufen, wobei zu den Grundstückskosten nun noch die Abrisskosten hinzu kamen, denn jeder Euro dafür musste finanziert werden und die finanzielle Situation der Stadt war dem damaligen Zeitpunkt äußerst prekär. Dadurch wurde dieser Platz zum teuersten Parkplatz Lambrechts. Die historisch wichtigste Entscheidung in der letzten Zeit war im Jahr 2012 die Teilnahme am Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz, um die desolate Finanzlage der Stadt Lambrecht auch nur annähernd etwas zu verbessern. Die SPD-Fraktion hat diese Entscheidung schweren Herzens mit getragen. Sie hat jedoch erneut an die Stadtspitze appelliert, das Grundstück gegenüber dem Zunfthaus schnellstmöglich zu veräußern und Schulden zu tilgen. Die SPD-Fraktion hat zudem einen Antrag eingebracht, auf einen Teil der Sitzungsgelder zu verzichten, der jedoch von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde.

III. Der SPD-Ortsverein in Namen und Zahlen

1. SPD-Bürgermeister in Lambrecht seit 1909

1909 – 1921: Max Neu

² Talpost, 22.03.2001.

1921 – 1931: Hans Seiberth
1946 – 1952: Georg Köhler
1952 – 1962: Hermann Schneid
1963 – 1972: Heinrich Salathe
1974 – 1994: Erna Merkel

2. SPD-Beigeordnete in Lambrecht seit 1946

1952 – 1972: Auguste Hörner, 2. Beigeordnete
1972 – 1974: Auguste Hörner, 1. Beigeordnete
1979 – 1984: Jürgen Wode, 1. Beigeordneter
1984: Gernd Hörner, 1. Beigeordneter
1984 – 1986: Freid Feiler, 1. Beigeordneter
1984 – 1986: Karl-Heinz Himmler, 2. Beigeordneter
1986 – 1989: Karl-Heinz Himmler, 1. Beigeordneter
1987 – 1989: Arnold Merkel, 2. Beigeordneter

3. Vorsitzende des SPD-Ortsvereins seit 1946

1946 – 1948: Karl Bitsch
1948 – 1949: Richard Schöfer
1949 – 1962: Hermann Schneid
1963: Georg Bitsch
1963 – 1964: Karl Ohler
1964 – 1972: Heinz Clauder
1972 – 1973: Hans-Jürgen Dietrich
1973 – 1977: Erna Merkel
1977 – 1993: August Merkel
1993 – 1997: Dieter Schmitt
seit 1997: Günther Semmelsberger

4. SPD-Mitglieder im Lambrechter Stadtrat seit 1946

1946 – 1948
Georg Köhler (Bürgermeister)
Karl Bitsch, Fritz Lieser, Lina Mansmann, Richard Schöfer

1948 – 1952
Georg Köhler (Bürgermeister)
Georg Bitsch, Karl Bitsch, Auguste Hörner, Ferdinand Merkel, Karl Ohler, Hermann Schneid, Richard Schöfer, Ferdinand Werer

1952 – 1956
Georg Köhler (Bürgermeister)
Georg Köhler, Karl Bitsch (bis Dez.1952), Auguste Hörner, Walter Merkel, Otto Schmalz (bis 1955), Richard Schöfer, Willi Selinger, Ferdinand Werer, Walter Tietz (ab Dez. 1952 bis 1954), Karlheinz Kaufmann (1954-1956), Paul Haag (ab 1955)

1956 – 1960
Hermann Schneid (Bürgermeister)

Auguste Hörner, Richard Schöfer, Rudolf Kaller, Willi Selinger (bis 1959), Karl Ohler, Paul Haag, Walter Merkel, Philipp Sauer, Georg Bitsch, Jakob Schottner (ab 1959)

1960 – 1964

Hermann Schneid (Bürgermeister)

Auguste Hörner, Richard Schöfer, Rudolf Kaller, Karl Ohler, Georg Bitsch (bis 1963), Philipp Sauer, Jakob Schottner, Rudi Leibfried, Alfred Kölsch, Gertrud Seif (ab 1952), Rudolf Stadler (ab 1953)

1964 – 1969

Heinrich Salathe (Bürgermeister)

Auguste Hörner, Rudolf Kaller, Richard Schöfer, Heinz Clauder, Rudi Leibfried, Erich Jank (bis 1966), Rudolf Stadler, Philipp Stadler, Philipp Sauer, Herbert Selinger (ab 1966)

1969 – 1974

Heinrich Salathe (Bürgermeister bis 1972)

Auguste Hörner, Hans Mühlhäuser, Kurt Scharrer (bis 1970), Rudolf Kaller, Heinz Clauder, Otto Dobelmann, Herbert Selinger (bis 1972), Rudolf Stadler, Manfred Steiner, Erich Köhler (1970 – 1072) Willi Bassemir (ab 1972), Rudi Leibfried (ab 1972)

1974 – 1979

Erna Merkel (Bürgermeisterin)

Hans Mühlhäuser (bis 1976), Norbert Jung, Oswald Halbgewachs (bis 1978), Harald Köppler, Liane Wode, August Merkel, Rudolf Stadler, Ludwig Glaß, Christel Selinger (ab 1976), Manfred Rottmann (ab 1978)

1979 – 1984

Erna Merkel (Bürgermeisterin)

Jürgen Wode (1. Beigeordneter)

Fred Feiler, Fritz Hoffmann, Norbert Jung, Harald Köppler, August Merkel, Manfred Rottmann, Horst Schoberwalter, Christel Selinger (bis 1980), Liane Wode, Willi Metzmann, Anneliese Kaiser (ab 1980)

1984 – 1989

Erna Merkel (Bürgermeisterin)

Fred Feiler, Liane Wode, August Merkel, Harald Köppler, Norbert Jung, Manfred Rottmann, Martina Wode, Horst Schoberwalter, Willi Metzmann, Walter Wolke, Karl-Heinz Himmler, Gerd Hörner, Arnold Merkel

1989 – 1994

Erna Merkel (Bürgermeisterin)

Liane Wode, Arnold Merkel, Harald Köppler, Walter Wolke, Heinz Kimmel, Bernd Lorbeer, Günther Semmelsberger, Fred Feiler

1994 – 1999

Günther Semmelsberger, Erna Merkel, Harald Köppler, Heinz Kimmel, Bernd Lorbeer, Dieter Schmitt (bis Okt. 1998), Hanne Hartmann, [Walter Wolke \(ab Okt. 1998\)](#)

1999 – 2004

Günther Semmelsberger, Arnold Merkel (bis Juni 2001), Hanne Hartmann, Bernd Lorbeer, Simone Höfler (bis März 2000), Ernst Selinger, Ulrike Kobel (ab März 2000), Karl Unterfenger (ab Juni 2001)

2004 – 2009

Hanne Hartmann, Bernd Lorbeer, Günther Semmelsberger, Brigitte Semmelsberger, Ernst Selinger

ab 2009

Hanne Hartmann, Bernd Lorbeer, Günther Semmelsberger, Brigitte Semmelsberger, Ernst Selinger, Martina Wode-Buser

Ungedruckte Quellen

Landesarchiv Speyer:

Bestand H1 (Präsidialakten der Regierung der Pfalz, Nr. 1534: Die Gemeindewahlen in der Pfalz. Darin: sozialdemokratischer Bürgermeister 1909 – 1914

Stadtarchiv Lambrecht: Stadtratsprotokolle 1972 – 1933

Privatbesitz: Wahlergebnislisten, Zeitungsskripte, Protokolle von SPD-Sitzungen

Gedruckte Quellen

Augsburger Abendzeitung, Augsburg, Jahrgang 1909

Pfälzische Volkszeitung, Kaiserslautern, Jahrgang 1913

Festschrift zur Gedenkfeier des Sozialistengesetzes 1928

Talpost, Lambrecht, Jahrgang 1967

Die Rheinpfalz, Jahrgang 1982

Verwendete Literatur

Bräunche, Ernst Otto: Parteien und Reichstagswahlen in der Rheinpfalz von der Reichsgründung 1871 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914. Eine regionale partei- und wahlhistorische Untersuchung im Vorfeld der Demokratie, Diss., Freiburg 1981.

Breunig, Willi: Soziale Verhältnisse der Arbeiterschaft und sozialistische Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am Rhein 1869 – 1919. Ludwigshafen 1976.

Collofong, Ernst, Fell, Hans (Hrsg.): 1000 Jahre Lambrecht, Chronik einer Stadt, Lambrecht 1978.

Denkschrift zur Einweihung des neuen Empfangsgebäudes des Bahnhof Lambrecht (Pfalz) am Mittwoch, den 5. Juni 1957, Lambrecht 1957.

Denkschrift zur Einweihung des neuen Volks- und Berufsschulgebäudes der Stadt Lambrecht am 27. März 1958, Lambrecht 1958.

Dietrich, Werner A.: In der Einigkeit liegt die Kraft. Geschichte der Arbeiterbewegung in der Region Neustadt/Südpfalz 1832 – 1984, Neustadt 1991.

Karch, Philipp: Geschichte Lambrechts und seiner Tuchindustrie, in: Bei uns daheim. Aus Vergangenheit und Gegenwart der Pfalz. Sonderdruck der Heimatbeilage der „Pfälzischen Post“, 4. Jahrgang, 11. Januar 1928 ff.

Klemm, Claudia: Fürsorge für die Bevölkerung. Aller Anfang war schwer. Die Verwaltung nach Kriegsende, in: Landkreis Bad Dürkheim (Hrsg.), Heimat-Jahrbuch 1996, Haßloch 1995, S. 283 – 285.

Lembach, Kurt: Lambrecht im Kampf gegen die Separatisten, in: Talpost, 11. November 1993.

Naturfreunde Ortsgruppe Lambrecht (Hrsg.): Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ein halbes Jahrhundert 1913 – 1963, Lambrecht 1963.

Scheuermann, Horst: 50. Bezirksparteitag Pfalz. 1832 – 1957. Die Pfälzische Sozialdemokratie. Werdegang und Aufbau.

Schneider, Erich: Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864 – 1899. Ein Beitrag zur süddeutschen Parteiengeschichte, Diss., Mainz 1956.

SPD-Ortsverein Ludwigshafen am Rhein-Oggersheim (Hrsg.): 1871 – 1981. 110 Jahre SPD Oggersheim. 110 Jahre SPD in der Pfalz, Ludwigshafen 1981.

Turn- und sportverein Lambrecht, Festausschuss (Hrsg.): Neunzig Jahre Turnen und Sport in Lambrecht. Festschrift zum Jubiläumsfest, Lambrecht 1950.

Volks-Chor Lambrecht (Hrsg.): Volks-Chor Lambrecht. Feier des 60-jährigen Bestehens, Lambrecht 1953.

Vorstand der SPD (Hrsg.): Sozialdemokratie in Deutschland 1863 – 1988. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, Bonn 1986.

Weitzel, Kurt: Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945 – 1947, Mainz 1989.

Wode, Martina: 40 Jahre Wiedergründung des Ortsvereins Lambrecht/Pfalz, Lambrecht 1986.

Wunder, Gerhard: Die Sozialdemokratie in Neustadt an der Weinstraße seit 1832. Zum hundertzehnjährigen Bestehen des Ortsvereins 1975 bis 1985, Neustadt 1985.